



Geldwende - jetzt!

Für ein zukunftsfähiges, partizipatives und sozial gerechtes Geldsystem

ZIELE UND FORDERUNGEN DES „FORUM GELDWENDE“
VORGESTELLT BEIM 4. GLS-GELDGIPFEL | 1. MAI 2021

Geldwende - jetzt!

Für ein zukunftsfähiges, partizipatives und sozial gerechtes Geldsystem

vorgestellt vom FORUM GELDWENDE beim GLS-Geldgipfel 2021

AutorInnen:

Beate Bockting (INITIATIVE FÜR NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG E.V.)

Christian Gelleri (CHIEMGAUER E. V.)

Dirk Ehnts (MODERN MONETARY THEORY DEUTSCHLAND)

Kathrin Latsch (MONNETA GGMBH)

Prozessgestaltung & Moderation: Markus Duscha (FAIR FINANCE INSTITUTE)
unter Mitwirkung von Leander Bindewald und Ludwig Schuster

mit Unterstützung der GLS Treuhand e.V.



Die Autoren des FORUMS GELDWENDE im April 2021
Titelbild (Graphic Recording): WWW.AIKEARNDT.DE

Zusammenfassung

Angesichts der Corona-Pandemie und der daraus drohenden Wirtschaftskrise fand sich im Frühjahr 2020 eine Gruppe von Akteuren aus Geldreform-Organisationen zusammen ([INITIATIVE FÜR NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG E.V.](#), [MONNETA G.GMBH](#), [MODERN MONETARY THEORY DEUTSCHLAND](#), und [CHIEMGAUER E. V.](#)), die mit einem Katalog gemeinsamer Ziele und Forderungen an die Politik herantreten will, um so aus der Krise eine Chance für nachhaltige, systemische Veränderungen zu machen.

Im Rahmen des demokratischen Rechtsstaates begreifen sie den Euro und andere nationale Währungen im Zusammenspiel mit ergänzenden Währungen (Komplementärwährungen) als einen wesentlichen Bestandteil unserer Demokratie. Die mit Hilfe von Währungen angeregten wirtschaftlichen Aktivitäten sollen eingebettet werden in eine Gesellschaft, die das Prinzip der Nachhaltigkeit verbindlich beachtet und Chancen und Ressourcen für alle Menschen einschließlich zukünftiger Generationen fair und gerecht verteilt.

Allen Autoren geht es in ihrer Arbeit um die Ziele Gemeinwohl, Demokratie & Teilhabe, soziale Gerechtigkeit, Stabilität und nachhaltige Entwicklung. Um diese Ziele zu erreichen, werden die folgenden Forderungen von allen mitgetragen, auch wenn die einzelnen Akteure und Organisationen unterschiedliche Priorisierungen und jeweils auch weitere, hier nicht dargestellte Reformvorschläge haben. Um diese Unterschiede zu achten, erfolgt diese Auflistung hier explizit in zufälliger Reihenfolge:

- Die Zahlungsfähigkeit der Regierungen durch die EZB sichern
- Die sozial-ökologische Transformation ermöglichen
- Die EU-Verträge reformieren
- Mehr Vielfalt bei den Währungen befördern
- Das Modellprojekt Klimabonus für aktiven Klimaschutz ausweiten
- Negativzinsen auf Euro-Bargeld einführen
- Negativzinsen auf Guthaben bei Zentral- und Geschäftsbanken verstärken
- Wertschöpfung und Wertsteigerungen allen zugutekommen lassen
- Anonymes Bezahlen und Euro-Bargeld sicherstellen
- Bezahlssysteme als öffentliches Gut bereitstellen

Das FORUM GELDWENDE

Ab November 2018 trafen sich 18 VertreterInnen verschiedener deutscher Geldreform-Bewegungen in Berlin, auf die Initiative von Lino Zeddies und Oliver Sachs hin, und durch die GLS-Treuhand gefördert, um ihre Gemeinsamkeiten auszuloten und so einen systemischen



Wandel wirkungsvoller voranbringen zu können. Angesichts der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie fand sich im Frühjahr 2020 aus diesem Kreis eine Gruppe von Akteuren zusammen, die mit einem Katalog gemeinsamer Forderungen an die Politik herantreten will, um so aus der Krise eine Chance für nachhaltige, systemische Veränderungen zu machen.

Papier als eine Zwischenbilanz dieser Bemühungen. Die hier dargestellten Ziele sind den Autoren der Organisationen [INITIATIVE FÜR NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG E.V.](#), [MONNETA GGBH](#), [MODERN MONETARY THEORY DEUTSCHLAND](#), und [CHIEMGAUER E. V.](#) gemeinsam; die Forderungen im letzten Teil werden von allen mitgetragen, auch wenn die einzelnen Akteure unterschiedliche Priorisierungen und jeweils auch weitere, hier nicht dargestellte Reformvorschläge haben. Dazu bitten wir, die einzelnen Autoren individuell anzusprechen, bzw. auf ihre jeweiligen Veröffentlichungen und oben verlinkten Webseiten zurückzugreifen.

Anlässlich des 4. GLS-Geldgipfels 2021 entstand das vorliegende

Der gemeinsame Rahmen unserer Arbeit

GELDSYSTEM IM FOKUS

Trotz Überschneidungen von Geldsystem und Finanzsystem soll in diesem Positionspapier der Fokus auf die Gestaltung der Geldordnung und die Reform des Geldsystems gelegt werden. Das weitere Finanzsystem als Ganzes kommt nur insofern in den Blick, soweit es Schnittstellen zu Fragen des Geldsystems betrifft.

EUROPA IM FOKUS

Wir streben subsidiarische Lösungen im Rahmen der Europäischen Integration und unter Berücksichtigung der Weltwirtschaft an. Sie können jedoch Vorbildcharakter für andere Währungsräume haben. Die formulierten Ziele halten wir auch außereuropäisch für wichtig.

Unsere Ausgangspunkte

- Das Ziel wirtschaftlichen Handelns soll die Befriedigung der materiellen, sozialen und geistigen Bedürfnisse aller Menschen innerhalb ökologischer Grenzen sein.
- Im Rahmen des demokratischen Rechtsstaates begreifen wir den Euro und andere nationale Währungen im Zusammenspiel mit ergänzenden Währungen (Komplementärwährungen¹) als einen wesentlichen Bestandteil unserer Demokratie.
- Vor diesem Hintergrund wollen wir ein Bewusstsein dafür schaffen, dass Währungen soziale, rechtliche und gesellschaftliche Vereinbarungen sind, die mitgestaltet werden können.
- Die mit Hilfe von Währungen angeregten wirtschaftlichen Aktivitäten sollen eingebettet werden in eine Gesellschaft, die das Prinzip der Nachhaltigkeit² verbindlich beachtet und Chancen und Ressourcen für alle Menschen einschließlich zukünftiger Generationen fair und gerecht verteilt.
- Wir benötigen eine „Geldwende“, d.h. eine Reform des Geld- und Finanzsystems, die dazu beiträgt, dass nicht Geld die Welt regiert. Die Menschen sollen das Geld- und Finanzsystem über die Politik demokratisch legitimieren, regulieren und kontrollieren.
- Unter einer „Geldwende“ verstehen wir eine systemische Geld- und Finanzreform, welche die Regeln für die Menschen verbessert und unsere Daseinsgrundlagen erhält.
- Wir wollen die Regeln der Geldordnung ändern, weil sie bislang sowohl bei der Geldschöpfung als auch bei der Geldverwendung die Vermögenden und die Gläubiger systematisch bevorteilen. So können einige wenige sich im politischen Prozess gegen die vielen durchsetzen, was zur Aushöhlung der Demokratie führt.
- Wir wollen das Geld- und Finanzsystem reformieren, weil es in seiner heutigen Form strukturell nicht-nachhaltige Entwicklungen und Ressourcenverbrauch befeuert und Wachstum und kurzfristige Profite über soziale und ökologische Ziele stellt.
- Die hier unterzeichnenden Personen als VertreterInnen gemeinnütziger Organisationen stehen für eine Förderung nachhaltiger Wirtschaftsweisen, die dem friedlichen Miteinander der Menschen, dem Gemeinwohl und der gerechten Verteilung von Boden und Ressourcen dienen, und streben die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an den natürlichen Lebensgrundlagen an.
- Wir wollen uns in den genannten Bereichen für eine bessere internationale Zusammenarbeit einsetzen, insbesondere im Rahmen der europäischen Integration und einer global gerechten Weltwährungsordnung.

¹ Als Komplementärwährungen werden alle Währungen außer den konventionellen, staatlichen Währungen bezeichnet. Sie können sowohl privatwirtschaftlich als auch von, oder in Kooperation mit, der öffentlichen Hand herausgegeben werden.

² Hier im Sinne des Greifswalder Modells als „Starke Nachhaltigkeit“ verstanden, siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Starke_Nachhaltigkeit

Unsere Ziele

◇ DAS GELD- UND FINANZSYSTEM SOLL DEM GEMEINWOHL DIENEN UND NICHT ALLEIN DER PRIVATEN GEWINNMAXIMIERUNG

Bis vor wenigen Jahren wurde ein großer Teil des Giralgeldes in Form von Kredit geschöpft. Die meisten privaten Banken vergeben Kredite zum Zweck der Gewinnmaximierung und um Kapitalrenditen zu erwirtschaften.

Geldschöpfung, sowohl bei staatlichen Währungen als auch bei komplementären Währungen, sollte auf das Gemeinwohl ausgerichtet und nicht allein Gegenstand privater Gewinnmaximierung sein.

◇ DAS GELDSYSTEM SOLL DEMOKRATIE UND TEILHABE FÖRDERN

Währungen sind mächtige Instrumente, die als Mittel letztendlich den Bedürfnissen der Menschen dienen sollen.

Deshalb sollte ihre jeweilige Gestaltung nicht die Konzentration von Macht in den Händen von wenigen fördern, sondern allen ermöglichen, an Wirtschaft und Gesellschaft teilzuhaben und den politischen Willensbildungsprozess mitzubestimmen.

◇ SOZIALE GERECHTIGKEIT STÄRKEN, STATT SCHWÄCHEN

Das herrschende Geldsystem verteilt bei positiven Zinsen zugunsten der Gläubiger um. Das trägt zur Entstehung und Verschärfung von Ungleichheiten bei, gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und höhlt unsere Demokratie aus.

Geldsysteme sollen so gestaltet werden, dass sie keine inhärenten Umverteilungsmechanismen zugunsten der Vermögenden enthalten.

◇ ZUR STABILITÄT BEITRAGEN, STATT INSTABILITÄT VERURSACHEN

Bisher trägt die Architektur unseres Geldsystems selbst zu Instabilität und Krisen bei, z. B. durch prozyklische Tendenzen.

Geldsysteme sollen so gestaltet werden, dass sie nicht selbst zum Verursacher oder Verstärker von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen werden.

◇ NACHHALTIGE ENTWICKLUNG OHNE WACHSTUMSDRUCK ERMÖGLICHEN

Aktuell wird die Erde so übernutzt, dass es in den meisten Bereichen keine nachhaltige Entwicklung gibt. Das heutige Geldsystem in Verbindung mit einer einseitigen Fokussierung auf Renditen trägt dazu bei, dass Ressourcen übermäßig genutzt werden.

Geldsysteme sollen so gestaltet werden, dass sie keinen Wachstumsdruck auf Kosten der Nachhaltigkeit aufbauen.

Die Finanzierungsbedingungen für ökologisch und sozial nachhaltige Projekte sollen verbessert werden.

Das Bruttoinlandsprodukt ist durch geeignete Indikatoren für nachhaltige Entwicklung zu ersetzen bzw. um solche zu ergänzen.

Unsere Forderungen im Einzelnen

Um die oben stehenden Ziele zu erreichen, fordern die AutorInnen die Umsetzung einer Reihe konkreter Maßnahmen. Alle hier folgenden Forderungen werden von allen AutorInnen gemeinsam getragen. Da die unterschiedlichen Reformansätze jedoch eigene Priorisierungen, und jeweils auch weitere, hier nicht dargestellte Lösungsansätze haben, erfolgt die Auflistung explizit in zufälliger Reihenfolge.



⊞ DIE ZAHLUNGSFÄHIGKEIT DER NATIONALEN REGIERUNGEN DURCH DIE EUROPÄISCHE ZENTRALBANK (EZB) SICHERN

In der Pandemie hat die Europäische Zentralbank (EZB) Mitte März 2020 das Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) eingerichtet, um so den nationalen Regierungen die notwendigen Ausgaben zu ermöglichen und Zinsen und Zinsdifferenzen niedrig zu halten. Dieses Programm hat sehr gut funktioniert, eine Wiederholung der Eurokrise von 2010 wurde vermieden. Die Kurse der Staatsanleihen aller Länder der Eurozone sind stabil, alle Regierungen kommen an Geld und müssen die Finanzmärkte nicht fürchten.

Wir fordern daher, dass die EZB in Krisensituationen die Zahlungsfähigkeit der nationalen Regierungen sicherstellt und krisenbedingte Zinsaufschläge verhindert. Dies sorgt für Stabilität und Funktionsfähigkeit der Demokratie, weil die Regierungen dann so viel Geld ausgeben können, wie es die Krise erfordert. Sinkende Steuereinnahmen in Folge einer Wirtschaftskrise führen dann nicht mehr zu einer schädlichen Kürzungspolitik wie z. B. während der Eurokrise in Griechenland.

Eingebracht ins Forum Geldwende durch:
[MODERN MONETARY THEORY DEUTSCHLAND](#)

⊞ EINE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION ERMÖGLICHEN

Der Klimawandel und weitere ökologische Probleme bedrohen die Ökosysteme und mit ihnen die gesamte Menschheit. Die „Märkte“ allein werden die nötige soziale und ökologische Nachhaltigkeit nicht herbeiführen können – mehr (demokratisch legitimiertes) staatliches Handeln ist nötig. Dabei muss der Staat feste Ziele ansteuern, die dann erfüllt werden (z.B. UN-Nachhaltigkeitsziele). Bürgerinnen und Bürger sowie private Unternehmen sollen bei der Erfüllung mitwirken. Für die sozial-ökologische Transformation werden erhebliche finanzielle Mittel benötigt werden, die in der EU bei über 1 Billion Euro jährlich liegen könnten.

Wir fordern daher, das Geldsystem der Eurozone derart zu gestalten, dass eine sozial-ökologische Transformation möglich ist und nicht daran scheitert, dass den Staaten kein Geld bereitgestellt wird. Wir favorisieren die Ausgabe von grünen Anleihen durch die Europäische Investitionsbank (EIB) im Ausmaß von bis zu 10% des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr. Die EIB gibt dann diese neu geschaffene Liquidität für entsprechende Maßnahmen nach dem Prinzip der Subsidiarität an die jeweiligen Ebenen – kommunal, regional, national, europäisch – weiter. Da die EZB als Monopolistin kostenlos und unbegrenzt Euros erzeugen und nicht insolvent werden kann, sind auch andere Möglichkeiten denkbar. Es wäre möglich, die Staatsausgaben ohne weitere Veränderungen im gewünschten Umfang zu erhöhen, wenn z. B. die Defizitgrenzen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ausgesetzt werden.

Eingebracht ins Forum Geldwende durch:
[MODERN MONETARY THEORY DEUTSCHLAND](#)

⊞ DIE EU-VERTRÄGE REFORMIEREN

Die wirtschaftspolitische Bilanz von 22 Jahren Eurozone ist ernüchternd. Die Arbeitslosenquote fiel nie unter 7 Prozent, die Zielinflation wird seit zehn Jahren nicht erreicht. Massenarbeitslosigkeit herrscht unter anderen in Italien und Griechenland, deren Wirtschaft sich selbst heute noch nicht von der Finanzkrise 2008/09 erholt hat. Der Grund liegt in den zu geringen Staatsausgaben, welche zu hoher Arbeitslosigkeit führen.

Schuld daran sind die willkürlichen Defizitgrenzen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und die ebenso willkürliche Ausrichtung an „nachhaltigen Staatsfinanzen“. In allen anderen westlichen Währungsräumen stellt sich die Zentralbank (z.B. die FED und die Bank of England) hinter die Regierungen und sorgt dafür, dass Staatsanleihen *de facto* risikofrei sind und die Regierungen im benötigten Ausmaß Investitionen und Ausgaben tätigen können. Nur so kann die EZB zudem ihre Zielinflation erreichen.

Die Defizitgrenzen erzeugen Finanzkrisen, weil sie Haushalte und Unternehmen weiter in die Verschuldung zwingen. Dies ist gesamtwirtschaftlich ineffektiv. Zudem besteht die Gefahr, dass sich Länder der Eurozone zukünftig in US-Dollar, Renminbi oder Schweizer Franken verschulden, was eine Abhängigkeit dieser Länder vom Ausland erzeugen würde.

Wir fordern daher, die Europäischen Verträge zu reformieren. Die Wirtschaft ist begrenzt durch die Ressourcen. Daher sollten die Mitgliedstaaten ermutigt werden, die wirtschaftspolitischen Ziele Vollbeschäftigung und Preisstabilität sowie nachhaltige Entwicklung konsequenter zu verfolgen. So können wir die Ressourcen, die wir bewirtschaften wollen, nutzen und erzeugen keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit. Preis-stabilität sorgt dafür,

dass es im Preissystem gerecht zugeht und die Verteilung durch politische Prozesse korrigiert werden kann. Die bestehenden Defizitgrenzen sind außer Kraft zu setzen, da sie die Staatsausgaben unnötig begrenzen und dadurch Arbeitslosigkeit erzeugen und verstetigen. Verschuldung in ausländischer Währung soll verboten werden.

Eingebracht ins Forum Geldwende durch:
[MODERN MONETARY THEORY DEUTSCHLAND](#)

⊞ MEHR VIELFALT BEI DEN WÄHRUNGEN: DEN EURO DURCH KOMPLEMENTÄR- WÄHRUNGEN ERGÄNZEN UND SO FLEXIBLER WERDEN

Der Euro als übernationale Währung für den Euroraum ist sinnvoll und nützlich, soll aber zielgerichtet durch komplementäre Währungen ergänzt werden können. Das sind z.B. Regionalwährungen, die die Versorgung mit heimischen Ressourcen und die Wirtschaftskreisläufe in der Region fördern, Zeit-Tausch-Systeme, die den Austausch in der Bevölkerung verbessern, oder der Klimabonus als ein Belohnungssystem für umweltfreundliches Verhalten (siehe Forderung "Klimabonus").

Komplementärwährungen haben zwei Hauptvorteile: Zum einen kann mit unterschiedlichen und unabhängig gestalteten Währungen mehr Flexibilität, Effektivität und Reichhaltigkeit für verschiedene Bedürfnisse geschaffen werden. Zum anderen bietet eine Vielfalt von Währungen mehr Resilienz in Krisen, die eine einzige Währung nicht bieten kann. Dies kann analog zu Monokulturen und Mischwäldern gesehen werden: Die hiesigen Fichtenmonokulturen sind hoch effektiv, aber störungsanfällig. Mischwälder sind nicht nur anpassungsfähiger und krisensicherer, sondern auch wertvoller für das gesamte Ökosystem.

Wir fordern daher, dass die öffentliche Hand sich auf allen Ebenen durch gezielte Pilotprojekte und Wirksamkeitsstudien mit den vielfältigen Möglichkeiten befasst, verschiedene Währungen für dem Gemeinwohl dienende Zwecke in Ergänzung zum Euro einzusetzen. Wenn mehr Studien die Wirksamkeit belegen, sollen öffentliche Stellen die Implementierung von Komplementärwährungen auch durch einen angepassten rechtlichen Rahmen (von EU-Direktiven bis hin zu kommunalen Verwaltungsrichtlinien) unterstützen, und sie selbst im Rahmen ihrer Möglichkeiten für Ein- und Auszahlungen nutzen.

Eingebracht ins Forum Geldwende durch:
[MONNETA GMBH - NETZWERK FÜR MONETÄRE VIELFALT](#)

⊞ MODELLPROJEKT KLIMABONUS – DAS BELOHNUNGSSYSTEM FÜR AKTIVEN KLIMASCHUTZ

Der in kleineren regionalen Modellprojekten schon erprobte Klimabonus-Ansatz besteht aus drei Komponenten, die alle der Förderung des Klimaschutzes dienen:

1. dem Anreizsystem zum klimafreundlichen Einkaufen,
2. der Belohnung der persönlichen CO₂-Reduktion und
3. Kompensationsmaßnahmen in regionalen Klimaschutzprojekten.

Entscheidend ist eine synergetische Verbindung dieser drei Ansätze zu einem Gesamtkonzept. Dreh- und Angelpunkt des Klimabonus-Projekts ist die komplementäre Währung „Klimabonus“ (1 Klimabonus = 1 €). Sie dient einem speziellen Zweck, nämlich dem Klimaschutz. Durch die partizipative Gestaltung des Projekts durch einen Verein werden neben dem Klimaschutz auch Demokratie und Teilhabe gefördert.

Wir fordern daher, aufbauend auf den bisherigen wissenschaftlich nachgewiesenen Erfolgen der Klimabonus-Modellprojekte ein staatliches Förderprogramm zur Ausweitung dieses Ansatzes und seiner weiteren Erforschung aufzulegen. Bausteine einer solchen Förderung sollten sein: Fördergelder, Beratung, und Begleitforschung.

Eingebracht ins Forum Geldwende durch:
[CHIEMGAUER E.V.](#)

⊞ NEGATIVZINSEN AUF EURO-BARGELD

Die Bundesbank geht davon aus, dass in Deutschland nur maximal 20% des Bargelds tatsächlich für Transaktionen benutzt und die restlichen 80% gehortet werden. Für den Euroraum wurde der Anteil des im Jahr 2008 gehorteten Bargelds mit einem Drittel angegeben und dürfte seither erheblich zugenommen haben. Mit anderen Worten: Euro-Bargeld hat für die Bevölkerung nicht nur eine Zahlungsmittelfunktion, sondern auch im hohen Maße eine Wertaufbewahrungsfunktion. Problematisch dabei: Eine übermäßige Liquiditätshaltung (i.e. Sparen in Form von Bargeld und Giralgeld) ist volkswirtschaftlich schädlich, denn Zahlungsmittelfunktion und Wertaufbewahrungsfunktion stehen in einem Zielkonflikt. Nicht verausgabte Einkommen tragen zu geringerer Nachfrage und somit zu einer höheren Arbeitslosigkeit bei. Die Kosten der Liquiditätshaltung wurden bisher weitgehend auf die Kreditzinsen aufgeschlagen oder blieben, wenn dies nicht möglich war, bei den Geschäftsbanken hängen. Die Liquiditätskosten sollten stattdessen bei den Geldhaltern, entsprechend der Höhe ihrer Bargeld-Bestände, anfallen. Dadurch entstünde ein marktwirtschaftlich angemessener Druck, überschüssige Liquidität zu Gunsten von langfristigen Anlagen und Investitionen aufzugeben. Die Liquiditätskosten sollten so hoch sein, dass Stockungen in der Geldzirkulation (Hortung) effektiv vermieden werden. Die Kosten müssen zugleich jedoch so gering sein, dass die Nutzung von Euro-Bargeld ausreichend attraktiv bleibt.

Wir fordern daher, dass das Euro-Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel erhalten bleibt und so gestaltet wird, dass bei Hortung Kosten entstehen, damit es seine Zahlungsmittel-Funktion besser erfüllen kann.

Eingebracht ins Forum Geldwende durch:
[INITIATIVE FÜR NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG E.V.](#)

⊖ NEGATIVZINSEN AUF ZENTRALBANKGUTHABEN UND TÄGLICH FÄLLIGE EINLAGEN BEI DEN GESCHÄFTSBANKEN

Bei ausbleibendem Wachstum bedeuten positive Zinsen eine Umverteilung zugunsten der Vermögenden. Deshalb geht es auch bei Bankeinlagen darum, die Liquiditätspräferenz zu neutralisieren, so dass die Besitzer der Guthaben ihre überschüssige Liquidität längerfristig festlegen. Jedoch stieg in den vergangenen Jahren die Liquiditätshaltung stark an, was den Geschäftsbanken weitere Kosten verursacht. Diese sollten an die Verursacher, statt an die Allgemeinheit weitergegeben werden. Die von den Geschäftsbanken vorzuhaltenden Zentralbankguthaben müssten außerdem in ausreichender Höhe negativ verzinst werden, um eine werterhaltende Begrenzung ihrer Nachfrage nach zusätzlichem Zentralbankgeld zu gewährleisten. Auch in Krisenzeiten muss es für die Geschäftsbanken günstiger sein, sich über andere Banken und über private Einlagen zu finanzieren, statt frisches Zentralbankgeld nachzufragen. Gleichzeitig müssen Banken mit Überschussreserven einen Anreiz haben, diese an andere Banken weiterzuleihen. So kann die Notenbank die übermäßige Nachfrage nach Zentralbankgeld und die damit verbundene Aufblähung der Euro-Geldmenge bremsen und einer systemischen Umverteilung zugunsten der Vermögenden Einhalt geboten werden.

Wir fordern daher, dass auf liquide Guthaben (Zentralbankguthaben und täglich fällige Einlagen bei den Geschäftsbanken) dauerhaft Negativzinsen erhoben werden, die die Liquiditätspräferenz ihrer Besitzer neutralisieren.

Eingebracht ins Forum Geldwende durch:
[INITIATIVE FÜR NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG E.V.](#)

⊖ WERTSCHÖPFUNG UND WERTSTEIGERUNGEN, DIE NICHT AUF EIGENER ARBEIT BERUHEN, SOLLEN ALLEN ZUGUTEKOMMEN

Da Anleger bei sinkenden und sogar negativen Geldzinsenerträgen ertragreichere Anlagemöglichkeiten suchen, nimmt die Nachfrage nach Immobilien und anderen Assets, die aufgrund ihrer Knappheit eine Monopolbildung und ökonomische Renten ermöglichen, zu. Dies macht sich seit einigen Jahren insbesondere durch steigende Bodenpreise bemerkbar, die sowohl Mieten als auch Rohstoffe verteuern. Es betrifft jedoch prinzipiell alle Bereiche, in denen Marktmacht erlangt und ausgenutzt werden kann, z.B. auch durch Internetplattformen. Auf diese Weise erlangte Erträge und Wertsteigerungen, die nicht auf eigener Arbeit beruhen, führen zu einer ungerechten Verteilung und einer Zunahme der gesellschaftlichen Ungleichheit. Die Möglichkeit leistungsloser Einkommen zieht Spekulation und Blasenbildung an und gefährdet somit die Stabilität unseres Finanz- und Wirtschaftssystems.

Wir fordern daher, dass zur Unterstützung der an sich sinnvollen Negativzinspolitik der Europäischen Zentralbank alle ökonomischen Renten von der öffentlichen Hand abgeschöpft werden, insbesondere die Bodenrenten mittels einer effektiven Bodenwertsteuer. Wertschöpfung und Wertsteigerungen, die nicht auf eigener Arbeit beruhen, sollen allen zugutekommen.

Eingebracht ins Forum Geldwende durch:
[INITIATIVE FÜR NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG E.V.](#)

⊞ ANONYMES BEZAHLEN UND EURO-BARGELD GEWÄHRLEISTEN

Daten über Zahlungsströme enthalten besonders sensible Informationen, die geschützt werden müssen – auch vor dem unbegründeten Zugriff des Staates. (Selbstverständlich müssen z.B. Gerichte entscheiden können, dass Steuerhinterzieher ihre Konten offenlegen müssen.) Deshalb soll jeder anonym bezahlen können. Darüber hinaus ist Euro-Bargeld eine wichtige Form der monetären Vielfalt, die erhalten werden muss, u.a. weil sie selbst ohne Strom funktioniert, zum Beispiel im Falle eines Blackouts. Außerdem sind insbesondere sozial schwache Menschen häufig auf Bargeld als Zahlungsmittel angewiesen. Bargeld stärkt die Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger und ist bislang die einzige Form von Zentralbankgeld, die alle nutzen können.

Wir fordern daher, dass es ein Recht auf anonymes Bezahlen geben soll. Das Euro-Bargeld muss erhalten bleiben. Wenn Obergrenzen für Bargeldzahlungen festgelegt werden, sollen diese demokratisch abgestimmt werden.

Eingebracht ins Forum Geldwende durch:
[MONNETA GMBH - NETZWERK FÜR MONETÄRE VIELFALT](#)

⊞ BEZAHLSYSTEME ALS ÖFFENTLICHES GUT = ZAHLUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR ALLE

Bezahlsysteme machen weltweit eine mehrere Billionen US-Dollar schwere Industrie aus, deren Geschäft vom Verbraucher weitestgehend unbemerkt bleibt. Auch wenn die kollektiven Kosten dieser Industrie selten für Verbraucher augenfällig werden, werden sie letztlich indirekt doch von ihnen getragen. Die Ausbeutung der persönlichen Nutzerdaten stellt einen weiteren gesellschaftlichen und immer relevanteren Kostenpunkt dar, der auch in Bezug auf Kontrolle und Überwachung große Gefahren birgt. Da Bezahlen ein unausweichlicher Teil der wirtschaftlichen Teilhabe ist und damit zu den modernen Grundbedürfnissen in einer arbeitsteiligen Gesellschaft gehört, muss der Staat dies auch unabhängig vom privaten Sektor sicherstellen. Die Zahlungsinfrastruktur sollte ein öffentliches Gut sein, das allen zur Verfügung steht (ähnlich wie Verkehrswege). Private Unternehmen können das nicht gewährleisten, u.a. weil sie in ständigem Konflikt zwischen Gewinnmaximierung und Verbraucherschutz stehen. Während für institutionelle Akteure bereits vereinzelt Bezahlsysteme der öffentlichen Hand, wie "Target2" von der EZB, zur Verfügung gestellt werden, sind für alltagsübliche Transaktionen überwiegend gewinnorientierte Anbieter auf dem Markt, deren Identität und Rolle für die meisten Verbraucher undurchsichtig bleibt.

Wir fordern daher die Einrichtung und Sicherstellung einer öffentlichen Zahlungsinfrastruktur unter Einbeziehung der Zentralbank/en, die jedem Verbraucher kostenlos zur Verfügung stehen sollen.

Die Erhaltung des Euro-Bargeldes ist hierbei eine wichtige Maßnahme. Aber auch die Verfügbarkeit von elektronischen Bezahlsystemen muss von öffentlichen Stellen sichergestellt werden. Dazu können neue Systeme wie CBDCs (Central Bank Digital Currencies) gehören, sowie online, mobile und Kartenzahlungen. Die dabei generierten Zahlungs- und Nutzerdaten sind mit der Sorgfaltspflicht des Staates unter Verschluss zu halten.

Eingebracht ins Forum Geldwende durch:
[MONNETA GMBH - NETZWERK FÜR MONETÄRE VIELFALT](#)